

Minderheiten im CAN mobilisieren gegen den Ostermayer-Vorschlag zum neuen VG - Gesetz

Im Gespräch: CAN Vorsitzender Marjan Pipp

Über die Minderheiteninitiative im Parlament

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 45, S. 2, 22. November 2013)

Was besagt die Bürgerinitiative der österreichischen Minderheitenorganisationen und welche Erwartungen hat Marjan Pipp, der Vorsitzende des österreichischen Volksgruppenzentrums, das der Träger der Bürgerinitiative ist?

Wien – (...)

Und was umfasst die Bürgerinitiative des CAN? Pipp: „**Erstens einen korrekt formulierten Verfassungsartikel mit den Grundrechten für alle Minderheiten. Konkret geht es um das Recht des Schutzes der Identität, des Schulwesens, des Sprachgebrauchs im öffentlichen Leben, der medialen Versorgung, der Finanzierung und der Verbandsklage. Zweitens um eine Minderheitenorganisation als öffentlich-rechtliche Körperschaft, ähnlich den Glaubensgemeinschaften, z.B. im Israelitengesetz. Drittens soll aufgrund der ersten beiden Ausgangspunkte ein modernes Volksgruppengesetz ausgearbeitet werden.**“

Auf die Frage, wie seine realistischen Erwartungen aussehen, antwortet der Vorsitzende des CAN, dass die erste Erwartung schon erfüllt wurde. „Es ist uns gelungen, unsere inhaltlichen Forderungen auf eine parlamentarische Ebene zu bringen. Indem wir 500 Unterschriften gesammelt haben, haben wir erreicht, dass die Materie schon dem parlamentarischen Ausschuss für Petitionen vorgelegt wurde“, betont Pipp. Zugleich wünscht er sich, dass so viele Minderheitenangehörige wie möglich die Bürgerinitiative auf der Homepage des Parlaments unterstützen, so dass diese an Gewicht gewinnt. Eine ebenso wichtige Rolle schreibt er Angelika Mlinar zu, die ein Mitglied des Petitionsausschusses ist.

Wie unterstützen die anderen Minderheiten die Bürgerinitiative? Pipp: „Sie wird von allen unterstützt, die Mitglied im CAN sind.“ Und jene Organisationen, die nicht Mitglied im CAN sind, wie z.B. der ZSO und die Gemeinschaft der Kärntner Sloweninnen und Slowenen? Pipp: „Ich kenne keine Organisation, die etwas gegen diese Inhalte hätte. Im Gegenteil: Die Stellungnahmen aller Organisationen zum Ostermayer-Vorschlag über die Novellierung des Volksgruppengesetzes vom vorigen Jahr zeigen eine breite Zustimmung zu unseren Forderungen.“

Der CAN-Vorsitzende erwartet von der neuen Regierung, dass sie sich bei den inhaltlichen Ansätzen zur Reform des Volksgruppengesetzes vom bisherigen Prinzip verabschiedet, das lautet: die Minderheiten sind zu beherrschen. „Es ist notwendig, die natürliche Eigenart und Autonomie der Minderheiten zu erhalten, die sie für ihre Entwicklung benötigen.“

Janko Kulmesch